



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

20. Januar 2023
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

Lützerath: Der Schutz der Profite – egal um welchen Preis

Hitzige Diskussionen werden in den letzten Tagen geführt um die Auseinandersetzungen zwischen den Klima-Aktivisten auf der einen – und RWE und der Polizei auf der anderen Seite. Dahinter ist fast in den Hintergrund gerückt, worum es bei Lützerath eigentlich geht: um die rücksichtslose Durchsetzung von Profit-Interessen, mit Unterstützung aller regierenden Parteien.

Seit über vierzig Jahren weiß man, dass Braunkohle als Energiequelle besonders schädlich für das Klima ist. Doch was soll's! Die Bosse von RWE wollten und wollen um jeden Preis an das braune Gold unter der Erde. Dafür haben sie dutzende Dörfer, die Heimat von zehntausenden Menschen vernichtet. Sie haben riesige Wälder gerodet, die Gegend in eine Mondlandschaft verwandelt – und seelenruhig zugesehen, wie über ihre Braunkohle jedes Jahr enorme Mengen CO₂ in die Luft gelangten. Und selbst jetzt, wo immer mehr Betriebe auf andere Energien umstellen, wo es mit der Braunkohle in absehbarer Zeit vorbei ist, haben die Manager von RWE noch um jeden Quadratkilometer gefeilscht, den sie den Tagebau weiter ausweiten und jede Million Tonne mehr, die sie fördern dürfen.

Die Regierung und der RWE-Konzern nehmen den Krieg und die „Energiekrise“ als Vorwand dafür, dass der Abbau angeblich bis 2030 weitergehen „muss“. Vor drei Jahren hatten sie andere Ausreden, warum die Kohleförderung sogar bis 2038 „unbedingt nötig“ wäre. Und davor noch andere, ebenso wohlklingende Ausreden. Während es immer nur um eines ging: um Profit.

Genau diese Profit-Interessen von RWE schützt die Regierung auch heute. Ihr viel diskutierter Polizei-Einsatz soll dafür sorgen, dass RWE möglichst ungestört und ohne Verzögerungen das braune Gold unter Lützerath fördern kann. Indem die Polizei notfalls gewaltsam alle vom Gelände entfernt und fernhält, die nicht einfach hinnehmen wollen, dass RWE den Tagebau ausweiten darf.

Und was eigentlich niemanden verwundern dürfte: Die Grünen an der Regierung machen dies mit genauso viel Eifer wie allen anderen. Auch für sie sind die Interessen der Konzerne schließlich heilig. Dafür prügeln sie auch auf ihre eigenen Mitglieder ein.

Natürlich wäre es ihnen lieber gewesen, dass die Klima-Aktivisten brav in der Ferne Transparente schwingen und Reden halten... und RWE ungestört weitermachen kann. Dann hätten alle die engagieren Aktivisten gelobt. So aber empören sich Politik und Medien darüber, dass die Protestierenden nicht zur „Gewaltlosigkeit“ aufgerufen haben – sondern Polizei-Ketten durchbrachen, die das RWE-Gelände schützen, und einzelne Böller oder Steine warfen.

Vom RWE-Konzern hingegen hat nie einer „Gewaltlosigkeit“ verlangt. Oder ist die Zwangsumsiedlung von tausenden Menschen keine Gewalt? Ist die bewusste Umweltzerstörung aus Profitgier mit all ihren Folgen, den tödlichen Hitzeperioden, Feuersbrünsten und Überschwemmungen keine Gewalt?

Und was ist mit der Gewalt gegenüber den Arbeitenden? Ist es keine Gewalt, wenn RWE trotz Milliardengewinnen tausende Arbeitende aus dem Konzern drängt? Oder wenn der Konzern den Leiharbeitern der Subfirmen, die Flächen roden oder Anlagen reinigen, extrem unsichere und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen aufzwingt?

Allein über ihre Entscheidungs-Gewalt üben die Kapitalisten täglich Gewalt auf uns aus. Und meist haben sie obendrein die Staats-Gewalt zu ihrer Unterstützung. Denn diese schützt die Gesetze, die die Politiker nicht selten für die großen Kapitalisten, wenn nicht gar mit deren direkter Mithilfe machen.

Gegen die Demonstranten musste RWE selber keine Gewalt anwenden. Das hat die Polizei für sie getan, die mit Schlagstöcken ganz legal die Arme und Beine von Demonstranten brechen und sie vom RWE-Gelände vertreiben durfte.

Gewaltlosigkeit verlangt man immer nur

von der einfachen Bevölkerung.

Als 1997 hunderte Bergarbeiter die Bannmeile vor dem Bundestag stürmten, Polizeisperren durchbrachen und Polizeiwagen umwarfen, da wurden die Arbeiter als „Gewalttäter“ beschimpft – nicht jedoch diejenigen, die im Anzug wenige hundert Meter entfernt saßen und (geschützt durch eben diese Polizeisperren) den Bergleuten den Arbeitsplatz und die Existenz rauben wollten! Ähnlich wird es hier morgen sein, wenn Arbeitende anfangen, sich gegen die Auswirkungen der Krise zu wehren.

Sobald sich die einfache Bevölkerung auch nur etwas entschlossener wehrt, zernern die Herrschenden über ihre „Gewalttätigkeit“: Eben weil ihnen nichts mehr Sorge bereitet, als dass die arbeitende Klasse irgendwann ernsthaft die Nase voll hat und ernsthaft den Kampf gegen das heutige System aufnimmt.

Und nichts weniger als ein Kampf gegen dieses System ist auch nötig, wenn man wirklich das Klima schützen will. Das kapitalistische System nämlich, in dem jeder Konzern macht, was er will und Profit mehr zählt als Menschenleben, ist dazu grundlegend unfähig.

Die meisten der Klima-Aktivisten, die weiterhin hoffen, man müsse nur auf die „richtigen“ Energiequellen umsteigen oder einige „grüne“ Gesetze einführen, enden daher zwangsläufig in einer Sackgasse. In ihrer Logik setzen weiterhin viele von ihnen ihre Hoffnungen in die Grünen – und unterstützen damit eine Partei, die den Kapitalisten bei all ihren Angriffen auf die Arbeitenden wie auch auf das Klima hilft... und deren Anführer obendrein zu den gefährlichsten Kriegstreibern gehören.

Den Kapitalismus zu stürzen und durch eine Gesellschaftsordnung zu ersetzen, in der alle wichtigen Wirtschaftsbereiche Gemeinschaftseigentum sind und nachhaltig geplant werden, statt auf kurzfristigen Profit zu orientieren: Dies ist die einzig mögliche Rettung für die Menschen und das Klima!

Massive Aufrüstung: Eine Gefahr für alle Arbeitenden – weltweit

Wochenlang herrschte großes Theater in den Medien um die SPD-Verteidigungsministerin Lambrecht. Sie sei „unfähig“, könne sich nicht „mit der Truppe“ identifizieren und verbreite „unprofessionelle“ Silvester-Videos. Doch hinter ihrem Rücktritt steckt in Wahrheit die Rüstungsindustrie. Seit mehreren Monaten nämlich haben die Lobbyisten von Rheinmetall, Krauss-Maffei und anderen deutschen Rüstungskonzernen, unterstützt von hochrangigen Militärs und der CDU, eine Kampagne für ihren Rücktritt geführt. Und zwar, weil sie... der Rüstungsindustrie nicht schnell genug Aufträge verschafft hat!

Seit die Regierung 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr angekündigt hat, scharren die Rüstungskonzerne mit den Hufen. Sie wollen endlich abkassieren. Doch die Ministerin hat sich Zeit gelassen. Mehr noch: Sie hat es gewagt, die Bestellungen weiterer teurer Puma-Panzer auszusetzen und damit zu drohen, gar keine mehr zu kaufen, weil diese „Pannen-Pumas“ seit Jahren ständig kaputt sind. Kraus-Maffei und Rheinmetall waren darüber mehr als empört. Sie sind es gewohnt, dass die Regierung ihnen immer alle Mordinstrumente abkauft, egal mit wie vielen Mängeln.

Und dann ist da noch die Sache mit den Leopard 2-Panzern. Nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch die der USA oder Frankreichs zögern, neue Kampfpanzer und andere hochmoderne Waffensysteme an die Ukraine zu liefern. Sie wollen ungern, dass ihre neueste Militärtechnik in die Hände der russischen Armee fällt und auch nicht, dass der Krieg auf eine Weise eskaliert, die sie nicht mehr beherrschen können. Doch die Rüstungskonzerne machen auch hier Druck. Für Rheinmetall und Co. bedeutet jeder Leopard 2, der an die Ukraine geht und ersetzt werden muss, einen Millionen-Auftrag. Die Rüstungskonzerne wollen am Horror dieses Krieges so schnell und so viel verdienen wie möglich – wer weiß schließlich, wie lange er noch geht.

Der neue Verteidigungsminister hat sich beeilt zu versichern, dass er verstanden hat und alles tun wird, um die Bundeswehr schnell aufzurüsten und umzubauen: zu einer Armee, die wieder Landkriege mit hunderttausenden Soldaten führen kann – also Kriege, in die normale Arbeitende wie wir geschickt werden.

Sie versuchen uns damit zu beruhigen, dass dies vor allem zur Abschreckung geschehe – und damit „wir“ uns gegen Angreifer von außen verteidigen können. Doch das erzählen ALLE Staaten ihrer Bevölkerung. Und wohin führt das?



Schauen wir uns doch nur an, was gerade rund um China passiert. Die USA haben ihren Militärhaushalt auf die Rekord-Summe von 858 Milliarden US-Dollar erhöht, unter anderem um Taiwan (vor der Küste Chinas) mit noch mehr Waffen auszurüsten. Japan hat erklärt, dass es seinen Militärhaushalt verdoppeln (!) und unter anderem Raketen kaufen will, die bis China reichen. China erhöht seinerseits den Militärhaushalt um 7%, auf 310 Mrd. Dollar. Und alle Seiten sagen, dass sie nur den Gegner abschrecken und sich verteidigen können wollen. Doch wenn alle Seiten sich bis an die Zähne bewaffnen – sollen wir ernsthaft glauben, dass dies einen Krieg unwahrscheinlicher macht? Jede Aufrüstung erhöht im Gegenteil die Gefahr!

Selbst ohne Krieg ist diese Aufrüstung bereits zerstörerisch. Im letzten Jahr wurden 2.133 Milliarden Dollar weltweit für Rüstung ausgegeben. Wie viele wichtige, nützliche Dinge die Menschheit von diesem Geld stattdessen haben könnte! In nur einem Jahr könnten von

diesem Geld eine halbe Million Krankenhäuser auf der Welt gebaut werden.

Und auch bei einem Angriff schützen Waffen die Bevölkerung nicht. Was bitte hat es der ukrainischen Bevölkerung gebracht, dass „ihre“ Armee immer mehr, immer martialischere Waffen erhält? Etwa Frieden und Sicherheit? Nein! Dadurch wurde nur eine Spirale in Gang gesetzt, bei der sich beide Armeen mit immer zerstörerischeren Waffen bekämpfen – mit Kriegsgerät, das „hochwirksam“ ganze Gegenden in Schutt und Asche legt und Tod und Barbarei über die Zivilbevölkerung bringt. Obendrein fühlen sich beide Seiten so gut bewaffnet, dass sie jede Verhandlung über ein Ende des Krieges ablehnen.

Die massive Aufrüstung ist also alles andere, aber keine Friedenssicherung. Sie ist im Gegenteil das klare Signal, dass sich alle Regierungen auf ganz konkrete Kriegs-Szenarien vorbereiten. Sie bereiten sich darauf vor, Krieg zu führen – mit unserem Leben!

Und zwar nicht, weil irgendwelche verrückten Diktatoren (die es vor zehn Jahren auch schon gab) sie auf einmal dazu zwingen würden. Die Kriegsgefahr steigt, weil durch die anhaltende wirtschaftliche Krise der Konkurrenzkampf zwischen den Großmächten und ihren Konzernen immer brutaler wird.

In der Auseinandersetzung zwischen den USA und China ist dieser Konkurrenzkampf offensichtlich. Nicht zufällig hat parallel zum Wettrüsten ein Handelskrieg begonnen. Doch auch die NATO und Russland führen schon lange einen Konkurrenzkampf um Macht- und Wirtschaftsinteressen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Dieser Konkurrenzkampf der Herrschenden ist nicht unserer! Wir Arbeitenden stehen nicht in Konkurrenz zu den Arbeitenden in Russland, China oder sonst einem Land. Wir sind Brüder und Schwestern einer sozialen Klasse, mit ähnlichen Sorgen und Interessen weltweit. Und wenn wir einen Gegner haben, dann ist es die herrschende kapitalistische Klasse, für deren Interessen wir heute ausgebeutet werden und uns morgen gegenseitig erschießen sollen. Nur dieser Kampf, der gemeinsame Kampf der Arbeitenden gegen die Herrschenden und ihr bedrohliches System kann Frieden bringen.

China: Arbeiter*innen in vielen Städten fordern ihren Lohn ein

In den letzten Wochen gab es in China hunderte Proteste von Arbeiter*innen, die zum Teil seit Monaten keinen oder nur einen Teil ihres Lohns erhalten haben – manchmal, wie die Busfahrer*innen in Qingfeng, seit über einem Jahr!

Die Arbeiter*innen haben mit Transparenten die Straßen blockiert, Betriebshöfe besetzt und verlangt, ihren Lohn ausgezahlt zu bekommen, bevor sie zum Neujahrsfest zu ihren Familien aufs Land zurückkehren. Die Unternehmer (darunter viele Subfirmen für US-amerikanische und deutsche Firmen) haben zum Teil versucht, die Proteste mit Gewalt zu beenden. In Xiayi wurden die Arbeitenden mit Eisenstangen verprügelt, woanders riefen die Bosse Sondereinsatzkommandos der Polizei. Doch am Ende erfüllten sie oft zumindest einen Teil der Forderungen der Arbeitenden.

Jedes Jahr gibt es solche Lohn-Proteste in den Wochen vor dem Neujahrsfest. Aber drei Jahre Pandemie, in denen es keine Erhöhung des Mindestlohns gab und viele Arbeitende oft wochenlang in den Fabriken eingeschlossen waren, haben die Lage verschärft. Und auch die derzeitige Wirtschaftskrise und viele Entlassungen treiben Arbeitende auf die Straße. Den Herrschenden macht dies durchaus Sorgen – umso mehr, da die Arbeiter*innen in China oft zu Zehntausenden in einer Fabrik, zu Hunderttausenden in einem Industriegebiet zusammengeballt arbeiten.



Chongqing: Arbeitende und Polizei stehen sich gegenüber

Mit kleinen Zugeständnissen oder Tricks versuchen sie daher, Reaktionen der Arbeitenden und vor allem eine mögliche Ausbreitung zu verhindern. In Chongqing zum Beispiel sollten 10.000 Arbeitende einer Corona-Schnelltest-Fabrik angeblich nur vorzeitig in den Urlaub geschickt werden. In Wahrheit aber sollten sie entlassen und ihnen so obendrein die gesetzlich vorgeschriebene Abfindung vorenthalten werden. Doch statt darauf hereinzufallen, blockierten die Arbeiter*innen die Straßen, legten sich mit den Einsatzkommandos der Polizei an und zwangen den Unternehmer am Ende, zumindest die Abfindungen vollständig zu zahlen.

Egal wie brutal die Diktatur des Regimes: Auf Dauer kann die herrschende Klasse nicht verhindern, dass ihre Krise, Ausbeutung und Profitgier zu Kämpfen der Arbeiter*innen führt. Die Herrschenden haben daher allen Grund, sich Sorgen zu machen. Wenn in einem Land wie China die Arbeiter*innen die Wut packt, kann die Arbeiterklasse schnell zu einer großen Macht werden – die sogar über das Land hinaus Perspektiven eröffnet.

Russland: Ein Ausdruck wachsender Kriegs-Ablehnung

Die Regierung in Russland hat die Strafen für Sabotageakte und „Unterwanderung der sozialen Ordnung“ drastisch verschärft. Bis zu lebenslanger Gefängnishaft kann man hierfür nun bekommen. Auch die Finanzierung, Werbung oder selbst die Vorbereitung von "subversiven Handlungen" sollen künftig drakonisch bestraft werden – womit man letztlich jeden bestrafen kann, der irgendetwas gegen den Krieg machen will.

Die Regierung versucht, mit diesem Gesetz die Kriegsgegner einzuschüchtern – umso mehr, da sie eventuell bald noch mehr Männer zum Kriegsdienst einziehen muss. Denn trotz aller Propaganda nimmt deren Zahl und auch die Zahl militanter Aktionen gegen den Krieg zu. Insbesondere seit der Teil-Mobilmachung hat es immer häufiger Sabotageakte gegeben, darunter allein über 50 Anschläge auf Militärkommissariate, die die Männer zum Kriegsdienst einziehen und verfolgen, falls diese sich weigern.

Putin und seine herrschende Clique ereilt das, was allen Herrschenden passiert: Je länger sie Krieg führen, je mehr Leid und Tod sie ihrer Bevölkerung aufzwingen, desto mehr Ablehnung und Widerstand schüren sie. Das kann auch kein Gesetz verhindern.

Wenn selbst die Tafeln nichts mehr haben...

In vielen ärmeren Städten und Stadtteilen haben die Tafeln nicht mehr in Ansätzen genug Lebensmittel. Nachdem Lebensmittel um 20% und Strom oft um 100% teurer geworden sind, hat sich die Zahl derjenigen, die auf die Tafeln angewiesen sind, verdoppelt und in manchen Stadtteilen sogar verdreifacht! Seit Monaten schon weisen viele Tafeln deshalb Neue ab oder teilen nur noch so wenig Lebensmittel aus, dass es niemandem mehr hilft.

Die Tafeln beruhen auf der Großzügigkeit und dem ehrenamtlichen Engagement vieler einfacher Leute, die oft selber aus Arbeiterfamilien kommen. Sie sollten eine zusätzliche Hilfe für die Ärmsten sein. Doch der Staat missbraucht sie. Seit Jahren hat er sich auf dem System der Tafeln ausgeruht und durch sie Geld gespart. Statt die niedrigen Renten und Sozialleistungen anzuheben, statt mindestens die Inflation auszugleichen, stellen die Behörden einfach Berechtigungsscheine für die Tafeln aus. Auch viele ukrainische Geflüchtete werden von den Ämtern einfach an die Tafeln verwiesen. Sie haben Rentner*innen nach jahrzehntelanger Arbeit, kranke Arbeitende, Alleinerziehende, Arbeitssuchende und Arbeitende mit Niedriglöhnen dazu verdammt, bei den Tafeln um Wohltätigkeit zu bitten – obwohl ihnen eine angemessene Unterstützung zusteht! Und genau jetzt, wo mehr Menschen denn je darauf angewiesen sind, bricht ihr System obendrein zusammen.

Es gibt nur einen Ausweg aus dieser Spirale von Armut, Erniedrigung und Verzweiflung. Es ist derselbe wie für die gesamte Arbeiterklasse angesichts der explodierenden Preise: der gemeinsame Kampf darum, dass alle Löhne, Renten und Sozialleistungen an die Preise gekoppelt werden und jeden Monat automatisch so viel steigen wie die Preise!

Borbet (Solingen): Proteste gegen die Werksschließung

Seit Anfang Januar protestieren zwischen 40 und 100 Arbeitende jeden Tag mit einer Mahnwache gegen die Schließung des Borbet-Werks in Solingen. Bis Ende Dezember haben hier noch 600 von ihnen Auto-Felgen für Daimler, BMW und VW produziert.



Doch weil die Aufträge leicht zurückgegangen sind, hat die Firmenleitung entschieden, eines ihrer acht Werke „einzusparen“. Die Aufträge aus Solingen wurden in die Werke in Bayern, Thüringen und dem Sauerland verlagert, wo die Arbeitenden nun noch mehr schuften müssen. Und dann hat Borbet nur für das Solinger Werk Insolvenz angemeldet – während die anderen Borbet-Werke weiter Gewinne machen! Der Plan der Firmenleitung ist, durch diese (selbst herbeigeführte) Insolvenz die 600 Arbeiter*innen, die dort zum Teil Jahrzehnte gearbeitet haben, ohne jede Abfindung auf die Straße zu setzen.

Doch die Kolleg*innen wollen dabei nicht mitspielen. Unterstützt von Beschäftigten anderer Betriebe, kämpfen sie hartnäckig für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze oder mindestens 50.000 Euro.

Wohnen in der Krise

Die Zahl der Sozialwohnungen ist schon wieder gesunken: auf nur noch 1,1 Millionen Wohnungen. Denn obwohl der deutsche Staat den Immobilienkonzernen so viel Geld wie noch nie bietet, wenn sie Sozialwohnungen bauen, haben diese 2022 noch weniger gebaut als in den Jahren davor: kaum 20.000 Wohnungen! Und für nächstes Jahr haben sie sogar ein Drittel der Bauvorhaben, die bereits geplant waren, wieder gestrichen.

Die Immobilienkonzerne bauen lieber teure Eigentums- und Mietwohnungen mit hohen Profit-Margen, als sich mit Sozialwohnungen zu „belasten“ – auch wenn sie dafür großzügige Subventionen vom Staat bekommen. Und jetzt, wo die Baustoffe teurer und knapper geworden sind, wollen sie sich die begrenzten Rohstoffe erst recht für ihre hochprofitablen Wohnungen aufbewahren.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist nicht in der Lage, die Grundbedürfnisse für alle zu sichern. Wohnungsbau muss gesellschaftlich geplant und organisiert werden – nach den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung und nicht von Miethaien wie Vonovia, die einzig immer höhere Gewinne wollen.

Schule ohne Lehrer

Erneut hat eine Studie festgestellt, was Eltern, Lehrer und Schüler längst aus dem Wahnsinn des Alltags wissen: An 64% der Schulen fehlen Lehrkräfte. Allein in NRW sind 8.000 Lehrerstellen nicht besetzt. Ganze Halbjahre lang fallen deshalb Fächer aus. Und die größten Löcher werden nur durch zig Vertretungen, ständige Überstunden und Überlastung der Lehrkräfte gestopft.

Besonders extrem ist es an Grundschulen. Dabei gibt es jedes Jahr viele junge Leute, die in diesem Beruf arbeiten wollen, aber keinen Studienplatz bekommen. Denn die Landesregierung weigert sich seit Jahren, den Universitäten entsprechendes Geld für zusätzliche Studienplätze zu geben.

Die Herrschenden selber haben den katastrophalen Personal-mangel also wissentlich herbeigeführt. Und nun machen sie es wie überall: Mit dem Argument „Wir würden ja mehr Leute einstellen, wir finden aber keine“ wälzen sie die Folgen auf die Beschäftigten ab – und auf alle, die auf den Öffentlichen Dienst angewiesen sind.

Die Regierung belohnt die gefährliche Politik der Pharmakonzerne

Die letzten Wochen waren für viele Eltern ein Alptraum. Viele sind verzweifelt eine Apotheke nach der anderen abgefahren, um etwas so einfaches wie Medikamente gegen Fieber und Husten für ihre Kinder zu finden.

Um so viel Gewinn wie möglich zu machen, haben die Pharmakonzerne die Herstellung der Medikamente auf wenige Fabriken weltweit konzentriert, die am Anschlag arbeiten. Es gibt keinen Puffer, sodass jede Störung in einer Fabrik, in der Lieferkette oder eine erhöhte Nachfrage fast sofort Knappheit oder gar Mangel erzeugt. Das gilt für Kinderarzneien ebenso wie für zig lebenswichtige Medikamente für Erwachsene: Chemotherapien, Antibiotika, Medikamente gegen Blutdruck, Diabetes usw.

Und dafür belohnt die Regierung die Pharmakonzerne jetzt auch noch indirekt: Sie dürfen nämlich in den nächsten Monaten 50% höhere Preise für einige Medikamente verlangen. Und künftig sollen sie sogar jedes Mal, wenn ein Medikament knapp zu werden droht, dessen Preis um bis zu 50% erhöhen dürfen!

Schon jetzt bekommen die Pharmakonzerne in Deutschland so hohe Preise für Medikamente wie in kaum einem anderen Land. Und anstatt den Mangel zu bekämpfen, will die Regierung ihnen nun ermöglichen, die Krankenkassen noch weiter zu plündern.

Die zynische Rechtfertigung der Regierung ist: „Je mehr Geld wir den Pharmakonzernen bieten, desto größer ist die Chance, dass sie bei einem weltweiten Mangel die betroffenen Medikamente eher in Deutschland verkaufen als in anderen Ländern.“

Es ist nicht einmal wahrscheinlich, dass diese Taktik der Regierung den Mangel in Deutschland verhindern wird. Doch selbst wenn: Dann haben dafür die Menschen in anderen Ländern (in der Türkei, in Griechenland, in Polen...) einen noch größeren Mangel an diesen lebenswichtigen Medikamenten, weil die Medikamente von dort nach Deutschland abgezogen werden.

Wir leben im 21. Jahrhundert: Es wäre technisch kein Problem, ausreichend Medikamente für ALLE zu produzieren. Und wenn die Pharmakonzerne dazu nicht in der Lage sind, dann darf die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten nicht in ihren Händen bleiben!